

0199 G

An den

Vorsitzenden des Hauptausschusses

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über

Senatskanzlei - G Sen -

Umzug des AlliiertenMuseums

35. Sitzung des Hauptausschusses am 6.Juni 2018

Bericht StadtWohn – II THF 1 – vom 30. April 2018 - rote Nr. 0199 E

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„SenStadtWohn

wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zu seiner Sitzung am 10.10.2018 den Zeit- und Kostenplan für den Umzug des Alliiertenmuseums sowie die Neukonzeption des Museums an seinem neuen Standort in den Gebäuden des Flughafens Tempelhof vorzulegen.

Zudem wird darum gebeten zu berichten, ob die 2015 bereitgestellten 27,1 Mio. EUR. Des Deutschen Bundestages für Bau- und Planungskosten sowie die Einrichtung einer neuen Dauerausstellung weiter zur Verfügung stehen.“

Beschlussvorschlag

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Hierzu wird berichtet:

Das Land Berlin und der Bund verfolgen weiterhin mit Hochdruck die Ansiedelung des „neuen“ AlliiertenMuseum im Hangar 7 und Kopfbau West des ehemaligen Flughafens Tempelhof. Voraussetzung dafür - wie für die weitere Termin- und Kostenplanung insgesamt - ist der Abschluss eines Mietvertrags zwischen dem Land Berlin und dem Bund. Die Verhandlungen dazu hatten sich aufgrund von Abstimmungsbedarfen hinsichtlich offener Grundsatzfragen zwischen der Senatsverwaltung für Finanzen, der Senatsverwaltung für Kultur und Europa und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen verzögert. Inzwischen hat eine weitestgehende Klärung dieser Fragen stattgefunden.

Das Vorhaben soll unverändert als Bundesbaumaßnahme durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Maßnahmenträger finanziert und durchgeführt werden. Ende 2015 stellte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags 27,1 Millionen Euro für Bau- und Planungskosten sowie die Einrichtung einer neuen Dauerausstellung bereit. Durch die Unterbringung von Geflüchteten in den Hangars des Flughafengebäudes verzögerte sich die Projektentwicklung und die weiteren Verhandlungen des Mietvertrags.

Angesichts der kulturpolitischen Priorität wird nach den erfolgten Klärungen nunmehr kurzfristig eine Vertragsunterzeichnung angestrebt, um dem Bund zu ermöglichen, die Planungsmittel für das AlliiertenMuseum beim Bundesministerium für Finanzen abzurufen und den vorgesehenen Gestaltungswettbewerb durchzuführen.

In Vertretung

Regula Lüscher
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen